

Warum wir den Rückzahlungen in Kita und Hort zugestimmt haben



Mit dem nachfolgenden Text haben wir gegenüber unserer Mitgliedern begründet, warum wir den mit dem Land Berlin vereinbarten Rückzahlungen in Kita und Hort zugestimmt haben, auch wenn wir die inhaltliche Begründung dieser Rückzahlungen nur sehr begrenzt nachvollziehen können. Aufgrund der öffentlichen Diskussion um die Rückzahlungen wollen wir auch diese Argumente öffentlich zugänglich machen.

Mitgliedervertretung des DaKS, Juni 2020

Die am 19.6. verkündeten Verhandlungseinigungen, die auch Rückzahlungen in Kita und Hort beinhalten, haben innerhalb und außerhalb des DaKS für einiges Echo gesorgt. Bei den insgesamt überschaubaren Rückmeldungen aus Euren Reihen überwogen die Erleichterten zwar die Verärgerten, aber wir nehmen auch Letztere sehr ernst und wollen deshalb noch mal etwas ausführlicher begründen, warum wir diesen Kompromissen zugestimmt, bzw. sie als Verhandlungspartner der Stadt auch aktiv herbeigeführt haben.

- Der Hintergrund der nun geschlossenen Kompromisse ist die ursprüngliche Absicht des Landes, mit den zunächst drastisch zurückgefahrenen Betreuungszahlen auch die Finanzierung deutlich zu reduzieren, weil man ja für eine einstellige Prozentzahl von zu betreuenden Kindern nicht das volle Personal brauche. Aus Sicht der für die Landeskasse Verantwortlichen ist das erst mal naheliegend, gerade wenn man sich mit diversen neuen Zahlungsaufgaben konfrontiert sieht. Und eben auch, weil Kita und Hort richtig große Brocken im Landeshaushalt darstellen.
- Mit Verweis auf die beabsichtigte Notbetreuung in Kita und Hort konnten Verbände und Bildungsverwaltung diese Kürzungspläne abwenden. Daraus resultierte auch das jetzt vielzitierte Versprechen von Frau Scheeres, dass die Finanzierung in Kita und Hort gesichert sei.
- Wer sich dieses Versprechen genau durchliest (Wortlaute in Corona, die Zehnte und in Corona Schule/Hort, die Zweite), wird entdecken, dass dort auch sehr prominent die Inanspruchnahme von Bundesmitteln erwähnt wird. Konkret ging der Senat davon aus, dass man über die Inanspruchnahme von Kurzarbeit erhebliche Teile des Personaletats der Kitas und Horte einsparen könne. Das ist so nicht gekommen und alle Erzieher*innen konnten ungeschmälert weiter bezahlt werden.
- In der letzten DaKS-Post haben wir ja schon beschrieben, dass es zur Kurzarbeit unterschiedliche Auffassungen gab und gibt. In der allerersten Pandemiephase wäre aus unserer Sicht ein flächendeckender Zwang zur Kurzarbeit absolut fatal gewesen. Für weitere Lockdownphasen wollen wir das Instrument Kurzarbeit nicht ausschließen, zumal es auch Vorteile haben kann, wenn man nicht für jede neue Verrücktheit verfügbar ist. Voraussetzung ist unserer Auffassung nach eine direkte Klärung mit der Bundesagentur, ob das nun geht oder nicht.
- Vor dem Hintergrund dieser Gedankengänge war der dann veröffentlichte Plan der Finanzverwaltung ein deutlich reduzierter. Und auch damit sind sie letztlich nicht durchgekommen.
- Relativ gesehen zu den ursprünglichen Vorhaben ist also einiges erreicht worden. Und relativ gesehen zur gesamten Finanzierung macht die jetzt vereinbarte Rückzahlung von einmalig 69 € pro Kind nicht mal ein Prozent aus. Dass auch das weh tut und viele Kita-Haushalte sehr auf Kante genäht sind, wissen wir und nehmen das auch ernst. Die ganz starken Worte, die manche finden, halten wir aber

weiterhin für übertrieben. Aus dem 100%-Versprechen ist eine 99%-Realität geworden - damit würden ne Menge Wirtschaftszweige gerne tauschen. Und wenn jetzt vereinzelt Kitaträger mit der Rückzahlung argumentieren, um gegenüber ihren Teams Gehaltskürzungen durchzusetzen, dann halten wir das für gelinde gesagt unredlich.

- Um die Relation noch mal auf einen Kinderladen mit 20 Plätzen runterzuberechnen: Dieser Laden muss jetzt irgendwann 1.380 € zurückzahlen, bei einem Jahreshaushalt, der bei 250.000 € liegen dürfte.
- Man kann dieses Argument natürlich wunderbar umdrehen und sagen „Warum muss man dann überhaupt noch was zurückfordern?“. Ja, finden wir auch, hört aber keiner auf uns.
- Kurz noch zum Argument der erhöhten Sachausgaben wegen der Pandemie: Wir haben da nicht so sonderlich viele Aufstellungen bekommen. Das was wir hatten, deckte sich mit den Zahlen der Kolleg*innen aus den anderen Verbänden und lag deutlich unter dem Einsparpotential aufgrund nicht ausgegebener Mittagessenportionen. Und weil es auch noch das Einsparpotential aufgrund nicht beschäftigter Vertretungskräfte bzw. verzögerter Stellenneubesetzungen gab, konnten wir uns einer überschaubaren Rückzahlung nicht gänzlich verweigern. Dass Einsparpotentiale und Sonderausgaben einrichtungsspezifisch sehr unterschiedlich ausfallen, ist uns klar. Eine landesweite Vereinbarung kann darauf aber nur begrenzt Rücksicht nehmen.
- Leichter nachvollziehen lässt sich für uns die Aufregung, wenn man sie als Ausdruck/Ausbruch des Stresslevels sieht, dem sich besonders die Kitas in den letzten Wochen ausgesetzt gesehen haben. Die immer wieder sehr kurzfristig und mitunter auch sehr überraschend vorgenommenen Vorgaben haben alle Beteiligten extrem herausgefordert. Dazu kam eine ziemlich unglückliche Kommunikationsstrategie, die immer wieder erst mal die Öffentlichkeit bedient hat, bevor die für die Umsetzung in der Praxis Verantwortlichen verlässliche Infos hatten. Darüber haben wir uns genauso geärgert wie Ihr.
- Was aus unserer Sicht immer noch fehlt, ist das klare Eingeständnis, dass die am Ende dann doch immer schnellere Rückkehr zur Normalbetreuung die Erzieher*innen weitgehend ungeschützt der weiterhin möglichen Infektion aussetzt. Vermutlich gibt es dazu derzeit keine gesellschaftlich akzeptierte Alternative und wir hoffen alle, dass die realen Infektionen niedrig bleiben. Man darf diese Tatsache aber eben auch nicht verschweigen bzw. hinter Gerede von Hygiene- und Testkonzepten verstecken. Vor diesem Hintergrund ist der Umgang mit der Corona-Prämie wirklich schäbig und der Ärger darüber verständlich.
- Auch wenn wir Verletztheit und Aufregung teilweise nachvollziehen können, so sehen wir es als unsere Aufgabe als Dachverband an, in den zentralen Verhandlungen zu Ergebnissen zu kommen, mit denen dann alle irgendwie leben können/müssen. Dabei muss der Blick auch über den ganz aktuellen Anlass hinausgehen.
- In den aktuellen Verhandlungen hätte man sicher noch mehr auf Zeit spielen oder auch ganz blockieren können. Auch haben wir bewusst nicht den Weg über die Medien gesucht, um die Meinungsverschiedenheit mit dem Land auszutragen. Wir wollten nicht riskieren, dass aus der Anpassung der Rahmenvereinbarung nach § 13 eine Kündigung nach § 10 wird („Haben sich die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Inhaltes dieser Rahmenvereinbarung maßgebend gewesen sind, nach Abschluss der Rahmenvereinbarung so wesentlich geändert, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist, so kann diese Vertragspartei eine Anpassung der betroffenen Regelungen an die geänderten Verhältnisse verlangen oder, sofern eine Anpassung nicht möglich oder einer Vertragspartei nicht zuzumuten ist, die

Rahmenvereinbarung kündigen. Berlin kann die Rahmenvereinbarung auch kündigen, um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhüten oder zu beseitigen“) und dann die Finanzierung insgesamt infrage steht. Auch haben wir natürlich die im kommenden Jahr anstehenden Verhandlungen über die Verlängerung der Rahmenvereinbarung insgesamt im Hinterkopf. Für all dies ist es nicht vorteilhaft, wenn man seinen Verhandlungspartner öffentlich vorführt.

- Deshalb war es auch überhaupt nicht hilfreich, dass das interne Forderungspapier des Landes an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Nach der Aufregungswelle konnte das Land schlecht sagen „war nicht so gemeint“. Es ging also auch noch um gesichtswahrende Lösungen.
- Immerhin entstand so ein hoher Druck auf eine schnelle Einigung, damit man nicht von der Medienlandschaft noch tagelang beschäftigt wird und es damit verbundene Unsicherheiten in allen Einrichtungen gibt.
- Für unsere Zustimmung waren auch noch andere Punkte entscheidend: Die Zusicherung, dass die Finanzierung grundsätzlich weiterläuft (das könnte in weiteren Lockdown-Phasen noch mal sehr wichtig werden). Und das Fallenlassen der Pläne, die Finanzierung für seit März neu aufgenommene Kinder zu streichen. Und die Bereitschaft des Landes, jetzt doch Verhandlungen zur Frage des corona-bedingt ausfallenden Personals aufzunehmen. Diese Punkte sollten gegenüber den Ärgernissen Rückzahlung und Prämie nicht untergehen.
- So standen dann am Ende die Verhandlungseinigungen, die Ihr kennt (jetzt auch auf unserer Website im Wortlaut nachlesbar) und zu denen wir weiterhin stehen.

So weit noch mal eine Einbettung und Herleitung. Das wird nicht alle zufriedenstellen. Aber erklären wollten wir es doch. Und gerade an die Verärgerten: Danke für Eure Rückmeldungen. Ganz ehrlich. Für uns ist es wichtig, die Bandbreite der Mitgliedsmeinungen präsent zu haben.